

(Abg. Dr. Niethammer.)

- (A) gerade der erfreuliche Anlauf eines Aufschwunges, den wir in manchen Vororten, auch hier in der Umgebung von Dresden sehen — gerade durch die Petitionen ist ja Dresden in den Vordergrund der jetzigen Bestrebungen gerückt —, gerade dieser erfreuliche Anlauf, sage ich, gibt Veranlassung, dafür zu sorgen, daß diesen Vororten auch eine elektrische Verbindung mit der Residenz in Kürze gewährt wird, denn nur so ist es möglich, daß dieser Anlauf auch zu einer weiteren Entwicklung führt. Ich glaube, daß, wenn Orte, die um Dresden herum liegen und auf den Verkehr mit Dresden notwendigerweise angewiesen sind, nicht in kurzer Zeit eine Fortsetzung der elektrischen Bahn in die Mitte ihres Gemeindegebietes erhalten, sie dann ins Stoden kommen müssen. Und da nun einmal nach der Denkschrift wohl damit zu rechnen ist, daß die Mehrzahl der Wünsche nach elektrischen Staatsbahnen nicht erfüllt werden wird, so ist um so mehr darauf zu dringen, daß sich diese Gemeinden mit der Hauptstadt einigen und daß ihnen die elektrische Bahn auf andere Weise zugeführt wird. Wir haben deshalb mit Freude davon Kenntnis genommen, daß, wie aus dem Dekret hervorgeht, die Regierung auch weiterhin wie bei den Linien Lockwitz-Kreischa und Erdmannsdorf-Augustsburg da, wo der Staat nicht selbst die Bahnbau, doch helfend eingreifen und auf diese Weise den Bahnbau ermöglichen will.

Ich möchte deshalb auch wenigstens in einem gewissen Zusammenhange damit, die Kritik, die der Herr Kollege Nentsch an der Bahn Hellaue geübt hat, nicht teilen. Diese Bahn ist meines Erachtens ziemlich unbedeutend, und es lohnt sich nicht, viele Worte darüber zu verlieren. Im übrigen muß aber doch konstatiert werden, daß der Staat bei dieser Bahn im Endergebnis ein sehr gutes Geschäft macht. Er wird über kurz oder lang diese Bahn von Hellaue bezahlt erhalten und hat dann ein Stück Staatsbetrieb, welches er selbst nicht bezahlt.

Aber wie ich schon im Anfange ausführte, ist doch bei alledem eine große Vorsicht in den Richtlinien geboten, und ich kann deshalb nur unterschreiben, was der Herr Abg. Nentsch gesagt hat, daß wir uns, wenn wir auch im großen und ganzen mit den Richtlinien einverstanden sind, doch von Fall zu Fall die Beurteilung vorbehalten müssen. Wir glauben, daß die Entwicklung doch über gewisse Grundsätze unter Umständen hinweggehen wird. Das lehrt schon das Beispiel von Cossmannsdorf und Bischofswitz. Ich glaube nicht, daß der Gesichtspunkt

der Konkurrenz bei diesen Linien dazu führt, sie zu verlängern, sondern daß es vielmehr der Zwang der Verhältnisse ist, der den Staat dazu bringt, nachdem er einmal A gesagt hat, auch B zu sagen, und so wird es mit anderen Linien auch werden. Gerade wenn man daran denkt, daß so wichtige Veränderungen mit den Straßenbahnen uns bevorstehen, daß die Straßen geteilt werden in zwei Fahrwege und in die elektrische Bahn ganz für sich, in Art von Wiesenanlagen, wie wir es in den Vororten von Berlin schon sehen, oder daß die Bahn nicht mehr auf die Straße, sondern neben die Straße gelegt wird, wenn wir das schließlich noch in Vergleich damit stellen, daß wir eventuell vor der Elektrifizierung aller unserer Staatsbahnen stehen, so ist der Schritt nicht gar zu weit, daß man die elektrischen Straßenbahnen mit den elektrischen Hauptbahnen, die wir dann haben werden, in dasselbe Vergleichsverhältnis stellt wie jetzt die Schmalspurbahnen mit den Normalspurbahnen, daß wir also gewissermaßen durch die ganze Entwicklung und durch den Druck der Verhältnisse dahin geführt werden, daß der Staat in demselben Maße, wie er die Kleinbahnen in die Hand genommen hat, auch schließlich die Straßenbahnen, was man so nennt und dann vielleicht ganz anders nennen wird, in die Hand nehmen wird. Wir sind deshalb bei aller Zustimmung zu dem Dekret der Meinung, daß wir von Fall zu Fall auch die vorliegenden Petitionen prüfen müssen, ob sie nicht doch in gewisser Abweichung von dem Dekret einer günstigeren Beurteilung bedürfen, als sie nach oberflächlicher Beurteilung der ganzen Richtlinien sonst ausgesetzt wären.

(Bravo! in der Mitte.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Wilde.

Abg. **Wilde:** Meine Herren! Ich begrüße es zunächst, daß die Regierung nun endlich einmal daran geht, den Umbau des Bahnhofes Glauchau in Angriff zu nehmen. Der Herr Kollege Gleisberg ebenso wie der Herr Kollege Nentsch meinte, der kostspielige Umbau von Bahnhöfen sei durchaus nicht notwendig und werde in der Regel nur zu dem Zwecke gemacht, damit das Publikum bequem reisen könne. Diese Bemerkung möchte ich ganz entschieden zurückweisen, wenigstens trifft sie durchaus nicht auf den Umbau des Bahnhofes Glauchau zu. Es ist durchaus nicht Rücksicht auf die Bequemlichkeit des reisenden Publikums, die die Regierung dazu bestimmt hat, sondern einmal der Mangel an Räumlichkeiten im